

Michael Jankowski

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Wofür steht Deutschland aus Sicht der Wähler_innen?

AUF EINEN BLICK

- Der Beitrag analysiert basierend auf Umfragedaten, für welche Werte Deutschland aus Sicht seiner Bürger_innen derzeit steht und für welche Werte Deutschland stehen sollte.
- Bei nahezu allen abgefragten Werten zeigt sich, dass die Befragten der Meinung sind, Deutschland sollte diese Werte stärker repräsentieren, als es derzeit der Fall ist.
- Die Einschätzungen, für welche Werte Deutschland stärker stehen sollte, variieren jedoch zwischen den Anhänger_innen der verschiedenen Parteien.
- Bei gesellschaftspolitischen Fragen zeigen sich insgesamt stärkere Unterschiede zwischen Wählergruppen als bei wirtschafts- und sozialpolitischen Themen.

EINLEITUNG

In den vergangenen Jahren haben in Deutschland die Debatten über eine zunehmende Intensivierung politischer Konflikte in der Gesellschaft zugenommen (bspw. Mau et al. 2023; Decker 2024). Politische Differenzen wirken zunehmend unüberwindbar und politische Debatten scheinen weniger konstruktiv zu verlaufen als in der Vergangenheit – so zumindest die Wahrnehmung. Diese Beobachtung geht auch mit einem grundsätzlicheren Wandel der Themen einher, die den politischen Diskurs bestimmen (vgl. Kriesi/Hutter 2019). Über lange Zeit waren politische Konflikte durch Meinungsunterschiede bei wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen geprägt: Sollte der Staat mehr für die Umverteilung tun? Sollte die Wirtschaft weniger oder stärker reguliert werden? Wenngleich

diese Fragen zwar nicht an Aktualität verloren haben, gewinnen andere Themen an Bedeutung. Wie sollte die deutsche (und europäische) Migrationspolitik aussehen? Welche Maßnahmen sollten in der Gleichstellungspolitik getroffen werden? Dies sind nur zwei Beispiele für gesellschaftspolitische Fragestellungen, die die Politik der vergangenen Jahre (mit-) geprägt haben.

Im Zentrum dieser Debatten stehen grundlegende Fragen, welche Werte Deutschland verkörpert und in Zukunft verkörpern sollte: Soll die Politik den sozialstaatlichen Charakter des Landes stärker in den Fokus rücken oder vorrangig wirtschaftliche Entlastungen fördern? Soll Deutschland für eine offene oder eher eine restriktive Migrationspolitik stehen? Diese Diskussionen sind nicht nur eine Momentaufnahme, sondern auch eine Weichenstellung für die Zukunft: Welche Ziele soll das Land verfolgen? Welche Werte sollen bewahrt, welche neu definiert werden? Dabei geht es letztlich auch um die individuelle Ebene. Die Vorstellungen davon, was ein Land ausmacht, werden maßgeblich durch die Erfahrungen, Überzeugungen und Hoffnungen seiner Bürger_innen geprägt. Sie bilden die Grundlage für die Art und Weise, wie Menschen ihre Identität als Teil der Gesellschaft und des Landes wahrnehmen.

Genau hier knüpft der vorliegende Beitrag an. Aus Perspektive der Bürger_innen wird untersucht, welche Werte Deutschland derzeit verkörpert und welche es zukünftig repräsentieren sollte. Ziel der Analyse ist es, die größten Diskrepanzen zwischen Anspruch (wofür Deutschland stehen sollte) und Wirklichkeit (wofür Deutschland derzeit steht) aus Sicht der Bürger_innen herauszuarbeiten. Gleichzeitig wird geprüft, inwieweit sich diese Einschätzungen zwischen verschiedenen Gruppen der Bevölkerung unterscheiden. Die Untersuchung basiert auf der Annahme, dass politische Präferenzen einen wesentlichen Einfluss darauf haben, wie Bürger_innen die aktuellen und zukünftigen Werte Deutschlands wahrnehmen und bewerten.

Das zentrale Argument dieses Beitrags lautet: Insbesondere in der Gesellschaftspolitik zeigen sich politische Differenzen deutlicher als in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Damit bestätigt die Untersuchung auch den Befund der vielfach diskutierten „Triggerpunkte“ von Mau et al. (2023), wonach kulturelle Konfliktlinien in der Gesellschaft stärker polarisieren als Verteilungsfragen. Ein möglicher Grund dafür liegt in der Natur der zugrunde liegenden Wertvorstellungen: In der Gesellschaftspolitik stehen diese oft unvereinbar gegeneinander, während sie in der Wirtschaftspolitik eher unterschiedliche Wege zum selben Ziel darstellen können. Das Beispiel zum gesellschaftlich unumstrittenen Zielbild einer gerechten Gesellschaft verdeutlicht diesen Unterschied: Marktliberale setzen sich in der Regel für eine geringe Besteuerung hoher Einkommen und eine kritische Haltung gegenüber sozialstaatlichen Leistungen ein, mit der Annahme, dass durch diese Maßnahmen letztlich auch die Schwächeren der Gesellschaft profitieren – etwa durch ein gestärktes Wirtschaftswachstum und einen belebten Arbeitsmarkt. Linke Positionen kritisieren diese Sichtweise, doch die Debatte dreht sich letztlich um unterschiedliche Vorstellungen davon, wie eine gerechte Gesellschaft erreicht werden kann. Das gemeinsame Ziel einer gerechten Gesellschaft wird dabei nicht infrage gestellt. Höchstens wird etwas unterschiedlich interpretiert, was eine gerechte Gesellschaft auszeichnet. Anders verhält es sich in der Migrationspolitik, wo die Differenzen grundsätzlicher Natur sind. Hier geht es nicht nur um den Weg, sondern um das Ziel selbst: Soll Deutschland für eine weltoffene Migrationspolitik stehen? Bei dieser Frage geht es in aktuellen Debatten nicht darum, wie dieses Ziel erreicht werden soll, sondern grundsätzlich darum, ob Deutschland dieses Ziel verfolgen sollte oder nicht.

Im Folgenden wird daher anhand von Umfragedaten empirisch analysiert, wie sich die Wertvorstellungen zwischen den Bürger_innen in Deutschland unterscheiden. Dabei gehe ich zunächst auf die Frage ein, welche Werte die Befragten als bereits verwirklicht ansehen und welche sie gerne stärker verwirklicht sehen würden. Anschließend werden diese Einschätzungen hinsichtlich ihrer Unterschiede nach Parteipräferenzen der Befragten analysiert, um aufzuzeigen, wie politische Präferenzen die Wahrnehmung und Wünsche in Bezug auf gesellschaftliche Werte prägen.

DATENGRUNDLAGE

Die Analyse basiert auf einer im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung von pollytix strategic research durchgeführten Umfrage. Die Grundgesamtheit bildete die wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren. Innerhalb des etwa dreiwöchigen Erhebungszeitraums wurden 4.028 Personen befragt. Die Hälfte der Teilnehmenden wurde telefonisch befragt, die andere Hälfte hat den Fragebogen online ausgefüllt. Basierend auf entsprechenden Gewichtungen ist die Befragung für die deutsche Bevölkerung repräsentativ.

Die Umfrage umfasst zahlreiche Items über die Zukunftsvorstellungen wie auch zu den politischen Einstellungen der Befragten. Für das Vorhaben dieser Analyse sind die Antworten auf zwei Fragebatterien von besonderem Interesse. Zu-

nächst wurden die Teilnehmenden gefragt: „Wofür steht Deutschland aktuell? Deutschland steht für ...“, und bekamen dann eine Auswahl der folgenden Werte vorgelegt:

- kulturelle und religiöse Vielfalt
- Pünktlichkeit und Genauigkeit*
- Recht und Ordnung
- Bildungschancen und -aufstieg*
- Freiheit und Individualität
- einen gerechten Sozialstaat
- eine innovative Wirtschaft
- Demokratie und Menschenrechte
- eine Vorreiterrolle in Klima- und Umweltschutz*
- ein großes kulturelles Erbe*
- zuverlässiger und aktiver internationaler Partner*
- eine moderne Gesellschaft
- eine traditionsbewusste Gesellschaft*

Bei der telefonischen Befragung wurden den Teilnehmenden entweder ausschließlich die mit einem Stern markierten Aussagen oder die jeweils anderen Aussagen zur Beantwortung vorgelegt. Online wurden alle Aussagen abgefragt. Daraus ergibt sich, dass für jede Wertvorstellung etwa 3.000 Antworten vorliegen (ca. 2.000 aus der Online- und jeweils 1.000 aus der Telefonbefragung). Die Antworten wurden auf einer 4er-Skala erhoben (von 1 = „stimme überhaupt nicht zu“ bis zu 4 = „stimme voll und ganz zu“).¹ Anschließend wurde den Befragten die gleiche Liste an Werten vorgelegt, nun jedoch verbunden mit der Frage, wofür Deutschland stehen sollte.

Die Antworten zu diesen beiden Fragestellungen erlauben somit die Analyse, für welche Werte Deutschland derzeit steht und für welche Werte das Land stehen sollte. Darüber hinaus sind natürlich nicht nur die Zustimmungen zu den jeweiligen Aussagen interessant, sondern insbesondere auch, bei welchen Befragten die Zustimmung zwischen den beiden Fragen auseinandergeht. Dies sind die Werte, bei denen Befragte sich einen Wandel Deutschlands wünschen.

Um bei der Analyse den Einfluss politischer Orientierungen auf das Antwortverhalten miteinzubeziehen, nutze ich zusätzlich noch die von den Befragten angegebenen Parteipräferenzen. Dabei benutze ich nicht die intendierte Wahlabsicht („Sonntagsfrage“), sondern das in der Wahlforschung etablierte Konzept der „Propensity to Vote (PTV)“ (siehe hierzu van der Eijk et al. 2006). Hierbei werden die Befragten für alle großen Parteien gefragt, für wie wahrscheinlich sie es einschätzen, dass sie die jeweilige Partei jemals wählen werden. Die Antworten konnten auf einer 11-er Skala gegeben werden, wobei 0 für „sehr unwahrscheinlich“ und 10 für „sehr wahrscheinlich“ steht. Dieses Maß eignet sich im Kontext der vorliegenden Analyse besonders gut, da es die Sympathien der Befragten für mehrere Parteien in Betracht zieht, anstatt sich nur auf die aktuelle Wahlpräferenz für eine Partei zu beziehen.

WOFÜR DEUTSCHLAND STEHT UND STEHEN SOLLTE

Abbildung 1 zeigt für alle Befragten, wie hoch die Zustimmung zu den jeweiligen Aussagen ist. Im linken Teil der Grafik ist die durchschnittliche Zustimmung jeweils zu der Frage, ob Deutschland aktuell für die jeweilige Aussage steht (rote Quadrate) bzw. ob Deutschland für die jeweilige Aussage stehen sollte (blaue Kreise) abgebildet. Die gestrichelte Linie bei 2,5 markiert den Skalenmittelpunkt. Der rechte Teil der Abbildung zeigt anhand der schwarzen Punkte die durchschnittliche Differenz der beiden Werte. Die Aussagen sind nach Größe der Differenzen sortiert. Hier gibt die gestrichelte Linie den Wert von 0 an. Dieser Wert wird erreicht, wenn bei einer Aussage das gleiche Niveau an Zustimmung zwischen aktueller Einschätzung und Sollvorstellung erreicht wird.

Es ist sofort auffällig, dass bei fast allen Aussagen eine erhebliche Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit wahrgenommen wird. Bei fast allen Aussagen geben die Befragten im Durchschnitt an, dass Deutschland aktuell weniger für die jeweiligen Werte steht, als es stehen sollte. Entsprechend liegt die Differenz der Werte bei fast allen Aussagen über 0.

Die einzige Ausnahme von diesem Muster ist die Aussage zu kultureller und religiöser Vielfalt. Keine andere Aussage hat eine so hohe Zustimmung zu der Frage, ob Deutschland aktuell für diesen Wert steht (Durchschnitt von 2,86 auf einer Skala von 1 bis 4). Zugleich ist allerdings bei keiner anderen Aussage die Zustimmung zu der Frage, ob Deutschland für diesen Wert stehen sollte (Durchschnitt ebenfalls von 2,86), so gering wie in diesem Fall. Entsprechend liegt hier die Differenz zwischen der Einschätzung des Status quo und des Zukunftsanspruchs im Durchschnitt bei exakt 0. Es wäre zu einfach, dieses Ergebnis als perfekte Übereinstimmung zwischen Anspruch und Wirklichkeit aus Sicht der Bürger_innen zu bewerten. Wie später bei der Analyse anhand von Parteipräferenzen gezeigt wird, bestehen auf individueller Ebene erheblich Unterschiede bei dieser Aussage, die sich lediglich im Durchschnitt aller Bürger_innen gegenseitig aufheben und daher hier nicht zum Vorschein kommen (siehe Abbildung 2 weiter unten).

Die anderen Aussagen zeigen ebenfalls interessante Muster. Zunächst ist auffällig, dass die Befragten bei vielen Aussagen möchten, dass Deutschland für die darin genannten Werte steht. Fast alle blauen Kreise, die abbilden, wofür Deutschland stehen sollte, liegen deutlich über dem Skalenmittelpunkt von 2,5. Die höchste Zustimmung bekommt die Aussage „Demokratie und Menschenrechte“, was zeigt, wie fundamental wichtig diese Werte für die Befragten sind. Obwohl es bedenklich sein könnte, dass die Befragten bei dieser Aussage weniger zustimmen, ob Deutschland aktuell für diesen Wert auch steht (etwa 0,75 Zustimmungspunkte weniger als bei „sollte“), liegt die Zustimmung im Vergleich zu den anderen Aussagen auch bei der aktuellen Einschätzung auf einem vergleichsweise hohen Niveau.

Deutlich anders verhält es sich mit der Aussage zum gerechten Sozialstaat. Diese Aussage hat die durchschnittlich geringste Zustimmung bei der Frage, ob Deutschland derzeit für diesen Wert steht. Mit einer durchschnittlichen Zustim-

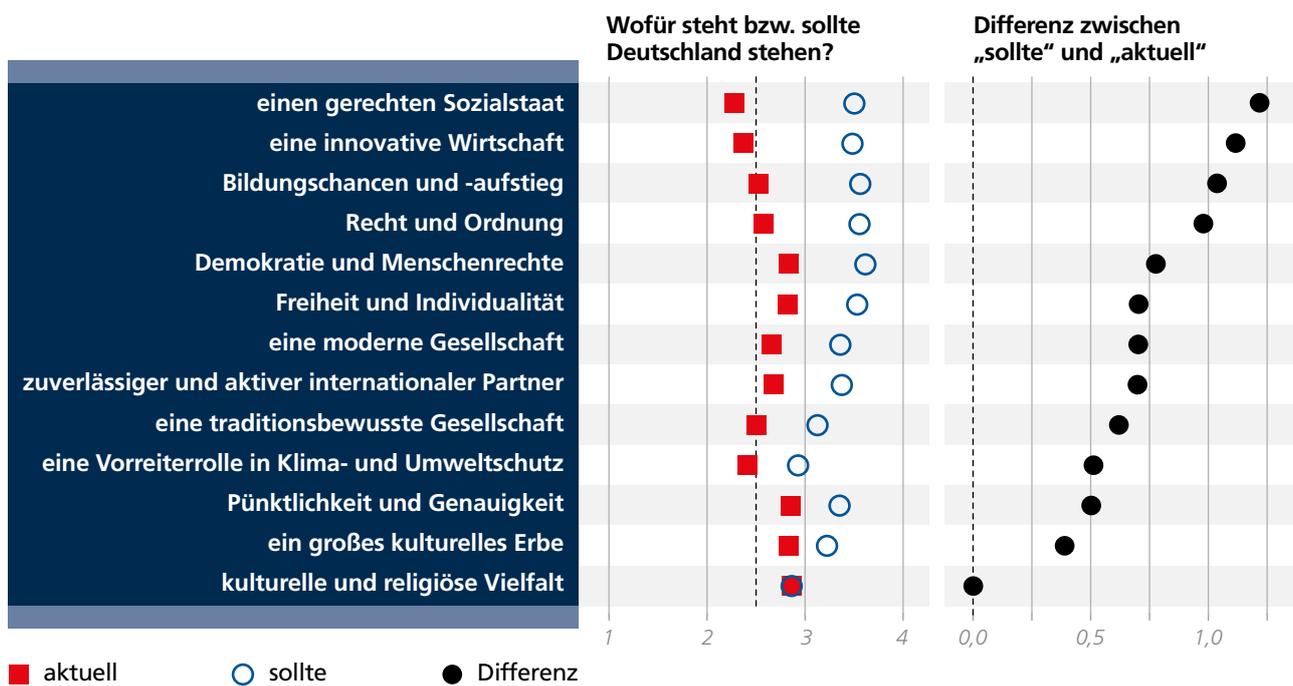
mung von nur 2,28 liegt die Zustimmung hier sogar unter dem Skalenmittelpunkt, das heißt, im Durchschnitt stimmen die Befragten dieser Aussage „eher weniger“ zu. Gleichzeitig besteht ein hoher Anspruch, dass Deutschland für einen gerechten Sozialstaat stehen sollte (3,50 Zustimmung). Als Konsequenz zeigt sich hier die größte Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit (fast 1,25 Differenzpunkte). Ähnliche Muster ergeben sich auch für die Aussagen nach „innovativer Wirtschaft“ sowie „Bildungschancen und Aufstieg“. Zusammengenommen deuten diese Befunde daraufhin, dass Fragen der sozialen Gerechtigkeit wie auch der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einen hohen Stellenwert haben, deren derzeitige Verwirklichung in Deutschland jedoch kritisch gesehen wird. Entsprechend legen diese Befunde nahe, dass bei wirtschafts- und sozialpolitischen Themen Anspruch und Wirklichkeit besonders stark auseinandergehen.

Abschließend soll auch noch auf die Aussagen eingegangen werden, bei denen die Zustimmung dazu, ob Deutschland für die in ihnen genannten Werte stehen sollte, etwas niedriger liegt als bei den anderen Aussagen. Das trifft auf die Aussagen zur „traditionsbewussten Gesellschaft“ wie auch zum „großen kulturellen Erbe“ zu. Beide Aussagen können als Indikator für ein konservatives Weltbild betrachtet werden. Noch geringer fällt allerdings die Zustimmung für die „Vorreiterrolle in Klima- und Umweltschutz“ aus. Ähnlich wie die Aussage zur „kulturellen und religiösen Vielfalt“ handelt es sich hierbei um eine Aussage, die in den vergangenen Jahren kontrovers diskutiert wurde und Gegenstand teils heftiger gesellschaftlicher Auseinandersetzungen war, wie beispielsweise der Protest der „Letzten Generation“ (siehe Abbildung 1).

Für die Analyse anhand der Parteianhängerschaft lassen sich aus den bisherigen Befunden bereits einige Implikationen ableiten. Die hohe Zustimmung bei manchen Aussagen – insbesondere bei den Fragen zum Anspruch an Deutschland – deuten darauf hin, dass es hier wenig Unterschiede zwischen den Befragten gibt und es sich somit um breit geteilte Werte handelt. Hingegen deuten die geringeren Zustimmungen zu den Aussagen „kulturelle und religiöse Vielfalt“, „großes kulturelles Erbe“, „Vorreiterrolle in Klima- und Umweltschutz“ sowie „traditionsbewusste Gesellschaft“ daraufhin, dass es insbesondere bei diesen Themen zu Unterschieden zwischen den Befragten kommt, die mit den unterschiedlichen politischen Einstellungen erklärt werden können.

UNTERSCHIEDE IN DER DIFFERENZ ZWISCHEN ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT BASIEREND AUF PARTEINÄHE

Abbildung 2 zeigt, wie sich die Befunde aus Abbildung 1 verändern, wenn man sich die Ergebnisse abhängig von der Parteinähe der Befragten anschaut. Konkret ist auf der vertikalen y-Achse die durchschnittliche Differenz zwischen „sollte“ und „aktuell“ abgebildet, also der Wert, der in Abbildung 1 jeweils als schwarzer Punkt abgebildet ist. In Abbildung 2 ist dieser Wert jedoch nicht mehr konstant, sondern als Funktion der jeweiligen Parteinähe der Befragten dargestellt. An einem Beispiel lässt sich die Interpretation einfacher nachvollziehen. Wir betrachten die Aussage zur „Pünktlichkeit und Genauig-



Anmerkungen: Rote Quadrate zeigen durchschnittliche Zustimmung zu der Frage, ob Deutschland aktuell für die jeweilige Aussage steht. Blaue Kreise stehen für die durchschnittliche Zustimmung zu der Frage, ob Deutschland für die Aussage stehen sollte. Schwarze Punkte zeigen Differenz zwischen den beiden Durchschnitten. Wertebereich der x-Achse in der linken Abbildung geht von 1 („stimme überhaupt nicht zu“) bis 4 („stimme voll und ganz zu“).

Quelle: eigene Darstellung basierend auf Daten der Friedrich-Ebert-Stiftung.

keit“ (unterste Aussage in der Mitte der Grafik) und analysieren, wie die Nähe zur AfD die Wahrnehmung zwischen Anspruch und Wirklichkeit bei dieser Aussage beeinflusst. Da wir uns für die AfD interessieren, betrachten wir die blaue Linie. Die x-Achse gibt die grundsätzliche Wahlwahrscheinlichkeit für die jeweilige Partei, in diesem Beispiel also die AfD, an. Man erkennt, dass mit zunehmender Wahlwahrscheinlichkeit die Differenz zwischen Anspruch („Deutschland sollte“) und Wirklichkeit („Deutschland steht“) bei der Aussage zu „Pünktlichkeit und Genauigkeit“ auseinandergeht. Personen mit einer hohen AfD-Wahlwahrscheinlichkeit sehen hier also eine besonders starke Differenz, während Personen mit einer geringen AfD-Wahlwahrscheinlichkeit die Differenz als vergleichsweise gering einschätzen. Dieses Vorgehen können wir auf andere Parteien übertragen. So zeigt sich beispielsweise für Befragte mit hoher Wahlabsicht für die Linke (rosa Linie), dass diese nur einen sehr geringen Unterschied zwischen „aktuell“ und „sollte“ bei dieser Aussage wahrnehmen. Für die meisten Befragten jedoch bewegt sich in diesem Fall die Differenz zwischen „aktuell“ und „sollte“ relativ konstant auf dem Niveau von 0,5.

Basierend auf dieser Interpretation der Ergebnisse lassen sich einige Schlüsse aus Abbildung 2 ziehen. Zum einen ist auffällig, dass Befragte mit einer hohen Wahlabsicht für die AfD und auch für das BSW (lila Linie) bei fast allen Aussagen einen größeren Unterschied zwischen „aktuell“ und „sollte“ feststellen. Dies unterstreicht Befunde, dass die Wählerschaf-

ten dieser beiden Parteien sich durch eine grundsätzlichere und umfassendere Unzufriedenheit mit der Entwicklung Deutschlands auszeichnen (vgl. Jankowski i. E.). Trotzdem sollte betont werden, dass es mit nur einer Ausnahme keine Aussage gibt, bei welcher die durchschnittliche Differenz zwischen „aktuell“ und „sollte“ negativ ist. Konkret heißt das beispielsweise, dass auch Wähler_innen von der Linken finden, Deutschland solle noch stärker für „Pünktlichkeit und Genauigkeit“ stehen, als es derzeit der Fall ist. Sie sehen lediglich die Differenz deutlich geringer als Wähler_innen von AfD und BSW.

Für manche Aussagen zeigen sich außerdem stärkere Streuungen als für andere. Zum Beispiel gibt es bei der Aussage, ob Deutschland für „Bildungschancen und -aufstieg“ stehen sollte, kaum nennenswerte Variationen, da über alle Gruppen hinweg hier die Differenz konstant um den Wert von 1 liegt. Gleiches gilt auch – mit wenigen Ausnahmen vor allem für Befragte mit hoher Wahlwahrscheinlichkeit für die AfD – für die Aussagen „innovative Wirtschaft“, „moderne Gesellschaft“ und „zuverlässiger und aktiver internationaler Partner“.

Hingegen bestätigt sich die Annahme, dass insbesondere bei gesellschaftspolitischen Themen eine stärkere Streuung zu beobachten ist. Ein passendes Beispiel ist hier die Aussage, ob Deutschland für „eine traditionsbewusste Gesellschaft“ stehen sollte. Personen mit einer hohen AfD-Wahlabsicht sehen hier eine Differenz von knapp 1,5 Punkten zwischen „aktuell“

und „sollte“. Bei Personen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit die Grünen wählen, sinkt diese Differenz auf fast 0. Zwischen diesen beiden Extrempunkten sortieren sich die Anhänger_innen der anderen Parteien basierend auf der allgemeinen Links-rechts-Einschätzung. Die wahrscheinlichen Wähler_innen von SPD und Linke sind näher an den Wähler_innen der Grünen, während die wahrscheinlichen Wähler_innen der CDU/CSU eher mittig zwischen Grünen und AfD liegen. Für die Aussagen „Recht und Ordnung“ wie auch „großes kulturelles Erbe“ zeigt sich ein sehr ähnliches Bild.

Abschließend sollten die besonderen Muster bei den Aussagen „Vorreiterrolle bei Klima- und Umweltschutz“ als auch „kulturelle und religiöse Vielfalt“ betrachtet werden. Es sind die einzigen Aussagen, bei denen Anhänger_innen von linken Parteien eine deutlich stärkere Lücke zwischen „sollte“ und „aktuell“ wahrnehmen als die Anhänger_innen anderer Parteien. Bei der Klima- und Umweltschutzaussage zeigt sich dies insbesondere darin, dass wahrscheinliche Wähler_innen der Grünen eine hohe Differenz wahrnehmen, gefolgt von wahrscheinlichen Wähler_innen der Linken und der SPD. Für Anhänger_innen der AfD besteht hier zwischen „sollte“ und „aktuell“ hingegen kein Unterschied.

Einzig bei der Aussage zur „kulturellen und religiösen Vielfalt“ zeigen sich widersprechende Wahrnehmungen zwischen „aktuell“ und „sollte“: Für wahrscheinliche Wähler_innen von AfD und BSW steht Deutschland derzeit stärker für die Aussage, als es sollte. Entsprechend ist hier die Differenz negativ. Für wahrscheinliche Wähler_innen der FDP und CDU/CSU ist die Differenz nahe null und somit das Verhältnis aus „aktuell“ und „sollte“ ausgeglichen. Für Anhänger_innen von SPD, Grünen und Linke steht Deutschland zu wenig für die Aussage, als es eigentlich der Fall sein sollte.

Die Ergebnisse bringen somit einige spannende Muster zum Vorschein. Zum einen hat sich die Annahme weitgehend bestätigt, dass insbesondere bei gesellschaftspolitischen Themen eine stärkere Variation zwischen „aktuell“ und „sollte“ festzustellen ist. Wenngleich es auch bei wirtschafts- und sozialpolitischen Einstellungen Variationen gibt, fallen diese schwächer aus und unterscheiden sich weniger stark zwischen den Anhänger_innen der Parteien. Insbesondere die Frage der „kulturellen und religiösen Vielfalt“ erweist sich als Themenfeld, bei dem die Zielbilder, wie sich Deutschland entwickeln sollte, erheblich und in gegensätzliche Richtung unterscheiden. Bei den anderen Aussagen besteht letztlich Einigkeit darüber, dass Deutschland die Werte noch nicht so stark erfüllt, wie es aus Sicht der Befragten wünschenswert wäre. Unterschiedlich fällt aber das Niveau aus, wie groß die Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist. Zum anderen bringt die Analyse auch zum Vorschein, dass die Einstellungen der BSW-Wählerschaft eher denen der AfD-Wählerschaft ähneln (siehe Abbildung 2).

UNTERSCHIEDE IN DER AKTUELLEN WAHRNEHMUNG

Während die vorherige Analyse herausgearbeitet hat, bei welchen Aussagen besonders starke Unterschiede zwischen Anspruch und Wirklichkeit liegen, wurde hierdurch nicht ein-

deutig ersichtlich, ob die wahrgenommenen Unterschiede durch unterschiedliche Einschätzungen der aktuellen Lage in Deutschland oder die unterschiedlichen Ansprüche an die zukünftige Ausrichtung Deutschlands hervorgerufen wurden. Wenn man sich die Ergebnisse aus Abbildung 1 in Erinnerung ruft, die u. a. gezeigt haben, dass die Befragten sich eine stärkere Verwirklichung fast aller Aussagen wünschen, steht zu vermuten, dass die Unterschiede maßgeblich aus unterschiedlichen Einschätzungen der aktuellen Lage entstehen.

Um diesen Aspekt zu analysieren, betrachte ich für vier ausgewählte Aussagen, wie sich die Zustimmung zu ihnen sowohl bezüglich der aktuellen Einschätzung als auch hinsichtlich der zukünftigen Ausrichtung Deutschlands in Abhängigkeit der Parteinähe entwickelt. Abbildung 3 zeigt die Ergebnisse.

Für die ersten drei abgebildeten Aussagen („traditionsbewusste Gesellschaft“, „Vorreiterrolle bei Klima- und Umweltschutz“, „gerechter Sozialstaat“) zeigt sich zunächst das aus Abbildung 1 bekannte Muster: Der Anspruch der Befragten an Deutschland (blaue Linie in Abbildung 3) liegt meist deutlich über der wahrgenommenen Wirklichkeit (rote Linie in Abbildung 3). Für die eher konservative Aussage, ob Deutschland für eine traditionsbewusste Gesellschaft stehen sollte, zeigt sich, dass wahrscheinliche AfD- und CDU/CSU-Wähler_innen stärker diesen Anspruch betonen. Anhänger_innen der Grünen und Linke zeigen das umgekehrte Muster. Bei der Einschätzung, ob Deutschland aktuell für diese Aussage steht, zeigt sich hingegen nur für die AfD, dass die Zustimmung der Befragten abnimmt, je stärker sie in Betracht ziehen, diese Partei zu wählen. Die große Differenz bei den Anhänger_innen der AfD ergibt sich somit aus gegenläufigen Wahrnehmungen bezüglich aktueller Einschätzung und Anspruch zukünftiger Wertausrichtungen.

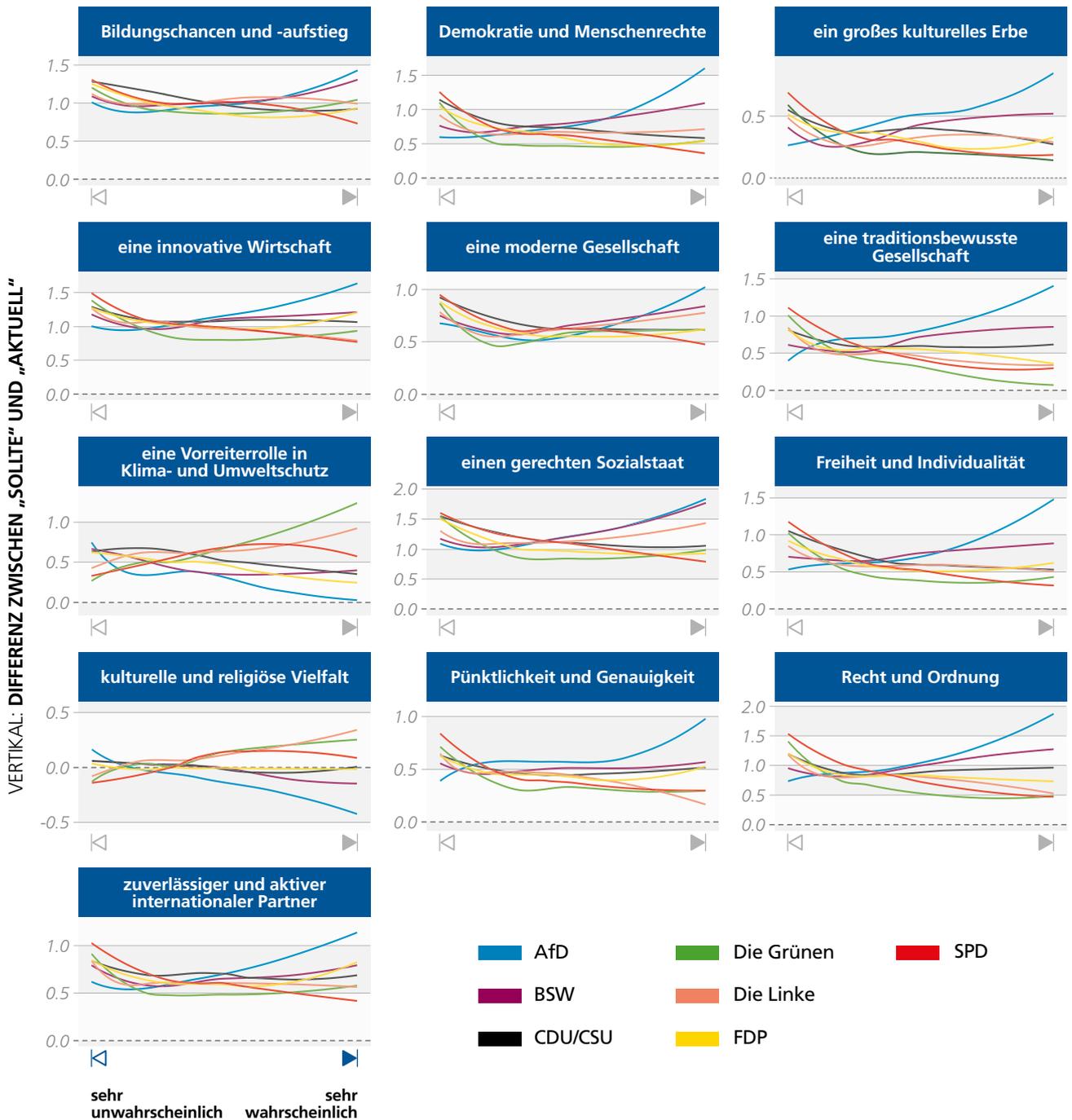
Die Muster lassen sich jedoch nicht ohne Weiteres auf die anderen Aussagen übertragen. Bei der Aussage zum Umwelt- und Klimaschutz zeigt sich beispielsweise weniger Variation, was die aktuelle Beschreibung angeht, aber stärkere Variation hinsichtlich des Anspruchs. Insbesondere bei den Grünen erklärt sich die starke Differenz aus Abbildung 2 bei dieser Aussage an der enormen Zustimmung dazu, dass Deutschland zukünftig für diese Vorreiterrolle stehen sollte.

Bei der Frage nach dem gerechten Sozialstaat wiederum zeigt sich über alle Parteipräferenzen hinweg ein hoher Anspruch. Es besteht kaum Variation dahingehend, dass Deutschland hierfür stehen sollte. Jedoch zeigen sich deutliche Unterschiede, wie diese Aussage aktuell bewertet wird. Je höher die Wahlabsicht für AfD oder BSW, desto schwächer wird diese Aussage für Deutschland als erfüllt angesehen. Für die anderen Parteien, insbesondere Grüne und SPD, steigt hingegen die Zustimmung mit zunehmender Wahlabsicht.

Schlussendlich zeigt die Aussage zur „kulturellen und religiösen Vielfalt“, dass hier über alle Parteipräferenzen hinweg die aktuelle Einschätzung recht ähnlich ausfällt. Hingegen zeigen sich hier die Parteiunterschiede in der Bewertung, ob Deutschland hierfür stehen sollte. Erneut sinkt die Wahrscheinlichkeit bei AfD- und BSW-Anhänger_innen, während sie bei Grünen-, Linke- und SPD-Anhänger_innen steigt. Für Anhänger_innen der CDU/CSU und FDP decken sich hier Anspruch und Wirklichkeit (siehe Abbildung 3).

Differenz in der Einschätzung, ob Deutschland für die Aussage steht/stehen sollte, basierend auf Parteien-Wahlwahrscheinlichkeit

Abb. 2

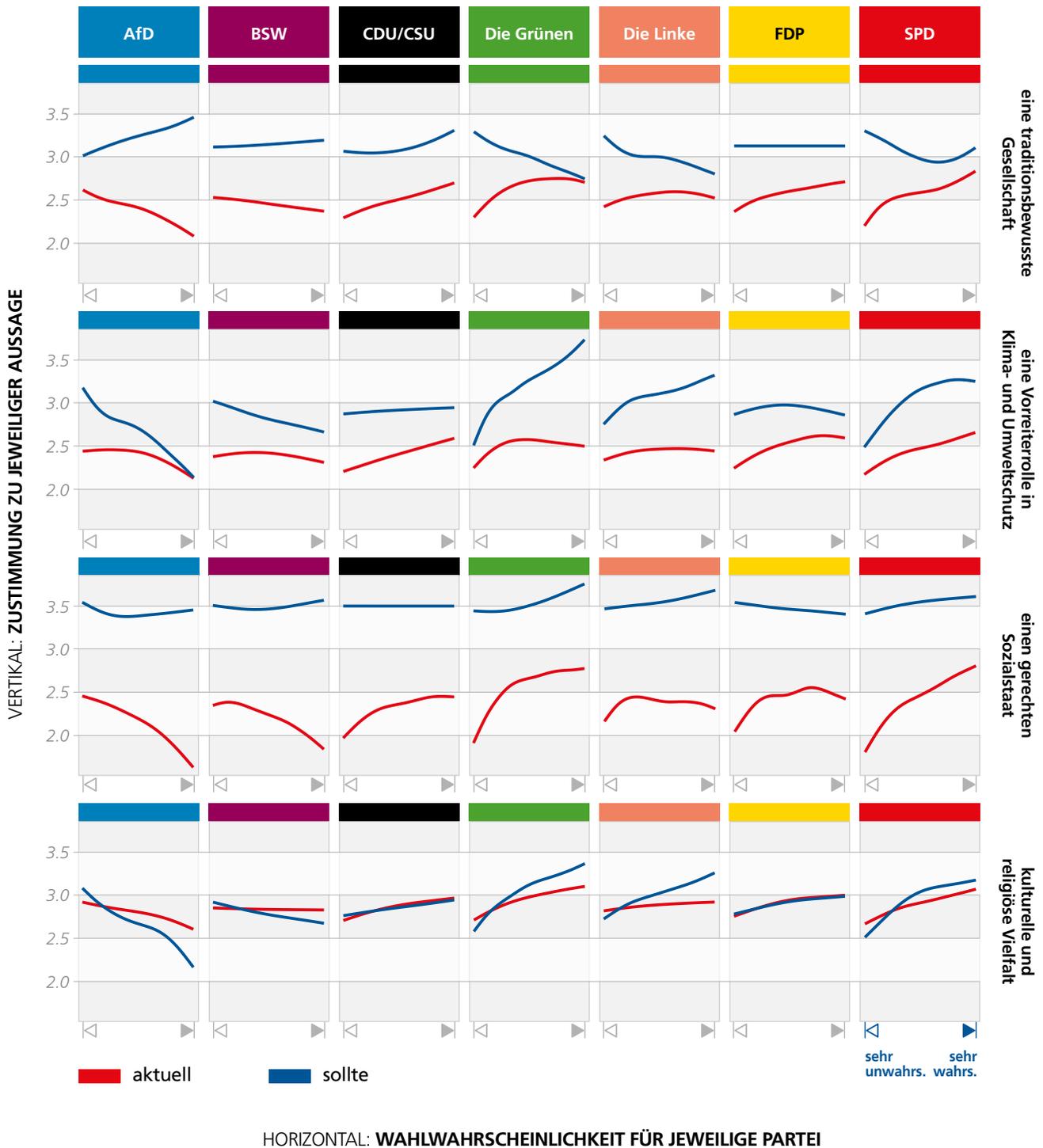


Anmerkungen: Farbige Linien zeigen die Antworten auf die Frage, ob sich die Befragten vorstellen könnten, die jeweilige Partei jemals zu wählen (11er-Skala), und geht von „sehr unwahrscheinlich“ zu „sehr wahrscheinlich“ (x-Achse). Y-Achse zeigt die geschätzte Differenz in der Zustimmung zu den Fragen, ob Deutschland für diese Aussage steht bzw. stehen sollte. Positive Werte bedeuten, dass Deutschland aus Sicht der Befragten aktuell nicht so stark für die Aussage steht, wie es eigentlich sollte. Berechnung der Linien anhand „loess“-Schätzung.

Quelle: eigene Darstellung basierend auf Daten der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Zustimmung, ob Deutschland für die jeweilige Aussage steht/stehen sollte, nach Parteien-Wahlwahrscheinlichkeit

Abb. 3



Anmerkungen: x-Achse stellt die Wahlwahrscheinlichkeit für die jeweilige Partei dar (11er-Skala) und geht von „sehr unwahrscheinlich“ zu „sehr wahrscheinlich“. Y-Achse zeigt die geschätzte Zustimmung zu den Fragen, ob Deutschland für diese Aussage steht (rote Linie) bzw. stehen sollte (blaue Linie). Berechnung der Linien anhand „loess“-Schätzung.

Quelle: eigene Darstellung basierend auf Daten der Friedrich-Ebert-Stiftung.

FAZIT

Der vorliegende Beitrag hatte als Ausgangspunkt, dass das politische Klima in Deutschland zunehmend als konflikthaft und verhärtet wahrgenommen wird. Die politischen Unterschiede und damit verbundenen Wertvorstellungen scheinen, so zumindest ein gängiges Narrativ, immer weiter auseinanderzudriften. Wie passen die hier festgestellten Befunde zu dieser Beobachtung?

Mit Bezug auf den Befund, dass letztlich bei allen analysierten Aussagen eine Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit festgestellt wurde, zeigt sich, dass die meisten Bürger_innen eine grundsätzlich ähnliche Einschätzung darüber haben, bei welchen Werten Deutschland noch hinterherhinkt. Die Unterschiede zeigen sich hier maßgeblich in einer unterschiedlich starken Priorisierung. Beispielsweise steht für die Wähler_innen der AfD Deutschland bei Klima- und Umweltschutz schon da, wo es stehen sollte, während für die Anhängerschaft linkerer Parteien hier noch eine deutliche Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft. Bei Aussagen, die eher ein konservatives Wertebild implizieren, ist das Muster umgekehrt. Nur beim Thema der kulturellen und religiösen Vielfalt zeigt sich ein diametraler Gegensatz. Während manche Wähler_innen finden, dass Deutschland zu stark für diese Werte steht, finden (viele) andere Wähler_innen, das Land sollte noch etwas stärker für diese Werte stehen.

Die aktuelle Diskussion um die Verschärfung der politischen Konflikte lässt sich somit auch mit der öffentlichen Diskussion um Fragen der Migration verknüpfen, die eng mit der Aussage zur religiösen und kulturellen Vielfalt verknüpft sind. Durch die hohe Aufmerksamkeit, die diesem Thema in der öffentlichen Debatte geschenkt wird, treten die in der Analyse ausgearbeiteten Unterschiede stark zum Vorschein. Dies geht auf Kosten von Themen, bei denen eine stärkere Übereinstimmung zwischen den Befragten herrscht. So hat die Analyse auch gezeigt, dass bei wirtschafts- und sozialpolitischen Themen weniger gegensätzliche Positionen zwischen den Wählergruppen festgestellt werden können. Gleichzeitig sind das die Themen, bei denen die Befragten insgesamt eine starke Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit wahrnehmen. Eine stärkere öffentliche Fokussierung auf diese Themen erscheint daher angebracht.

ENDNOTEN

- 1 Die Befragten konnten auch mit „weiß nicht“ oder „keine Angabe“ antworten. Da diese Optionen nur von sehr wenigen Befragten genutzt wurden, werden diese Antworten in der Analyse ignoriert.

AUTOR

Michael Jankowski hat an der Universität Oldenburg im Bereich der empirischen Wahl- und Einstellungsforschung promoviert. Er befasst sich in seiner Forschung mit quantitativen Methoden und wendet diese auf Fragen der empirischen Demokratieforschung an. Im November 2024 ist bei Sage das von ihm, gemeinsam mit Robert A. Huber, herausgegebene Buch „Populism: An Introduction“ erschienen.

LITERATUR

Decker, Frank 2024: Gespaltene Gesellschaft, polarisierte Politik?, in: Zeitschrift für Politik 71 (4), S. 3–14.

Jankowski, Michael i. E.: Das Schließen der Repräsentationslücke? Die Wählerschaft des Bündnis Sahra Wagenknecht: Eine Analyse basierend auf Paneldaten, in: Politische Vierteljahresschrift.

Kriesi, Hanspeter; Hutter, Swen 2019: Crises and the Transformation of the National Political Space in Europe, in: Hutter, Swen; Kriesi, Hanspeter (Hrsg.): European Party Politics in Times of Crisis, Cambridge, S. 3–32.

Mau, Steffen; Lux, Thomas; Westheuser, Linus 2023: Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin.

van der Eijk, Cees; van der Brug, Wouter; Kroh, Martin; Franklin, Mark 2006: Rethinking the Dependent Variable in Voting Behavior: On the Measurement and Analysis of Electoral Utilities, in: Electoral Studies 25 (3), S. 424–447.

IMPRESSUM

Dezember 2024

© Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeberin: Abteilung Analyse, Planung und Beratung
Godesberger Allee 149, 53175 Bonn
Fax 0228 883 9205

www.fes.de/apb

Bestellungen/Kontakt: apb-publikation@fes.de

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich: Jan Niklas Engels, Referent für Empirische Sozial- und Trendforschung, Abteilung Analyse, Planung und Beratung.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Der dieser Studie zugrunde liegende Datensatz wird nach Abschluss der Auswertungen, sofern vertragliche Regelungen oder interne Richtlinien der Friedrich-Ebert-Stiftung dem nicht entgegenstehen, im Archiv der sozialen Demokratie veröffentlicht. Forschungsdaten veröffentlichen wir unter <https://collections.fes.de/>

Bildnachweis: Bergsee, blau

ISBN 978-3-98628-661-3